

Schriften zur Rettung des öffentlichen Diskurses

Isabelle Bourgeois

Frankreich entschlüsseln

Missverständnisse und Widersprüche
im medialen Diskurs

HERBERT VON HALEM VERLAG

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Isabelle Bourgeois

Frankreich entschlüsseln.

Missverständnisse und Widersprüche im medialen Diskurs

Schriften zur Rettung des öffentlichen Diskurses, 9

Köln: Halem, 2023

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme (inkl. Online-Netzwerken) gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

<http://www.halem-verlag.de>

© Copyright Herbert von Halem Verlag 2023

Print: ISBN 978-3-86962-643-7
E-Book (PDF): ISBN 978-3-86962-644-4
E-Book (EPUB): ISBN 978-3-86962-648-2

ISSN 2699-5832

UMSCHLAGGESTALTUNG: Claudia Ott, Düsseldorf

UMSCHLAFOTO: picture alliance /Reuters | Stephane Mahe

SATZ: Herbert von Halem Verlag

DRUCK: docupoint GmbH, Magdeburg

Copyright Lexicon © 1992 by The Enschedé Font Foundry

Lexicon ® is a Registered Trademark of The Enschedé Font Foundry.

Die Reihe *Schriften zur Rettung des öffentlichen Diskurses*

Warum ist der lagerübergreifende öffentlich-demokratische Diskurs gefährdet, ja geradezu ›kaputt‹? Weshalb ist der öffentliche Wettbewerb auf dem Marktplatz der Ideen ins Stocken geraten? Und welche Rolle spielen dabei Digitalisierung und Algorithmen, aber auch Bildung und Erziehung sowie eskalierende Shitstorms und – auf der Gegenseite – Schweigespiralen bis hin zu Sprech- und Denkverboten?

Die Reihe *Schriften zur Rettung des öffentlichen Diskurses* stellt diese Fragen, denn wir brauchen Beiträge und Theorien des gelingenden oder misslingenden Diskurses, die auch in Form von ›Pro & Contra‹ als konkurrierende Theoriealternativen präsentiert werden können. Zugleich gilt es, an der Kommunikationspraxis zu feilen – und an konkreten empirischen Beispielen zu belegen, dass und weshalb durch gezielte Desinformation ein ›Realitätsvakuum‹ und statt eines zielführenden Diskurses eine von Fake News und Emotionen getragene ›Diskurssimulation‹ entstehen kann. Ferner gilt es, Erklärungen dafür zu finden, warum es heute auch unter Bedingungen von Presse- und Meinungsfreiheit möglich ist, dass täglich regierungsoffiziell desinformiert wird und sich letztlich in der politischen Arena kaum noch ein faktenbasierter und ›rationaler‹ Interessenausgleich herbeiführen lässt. Auf solche Fragen Antworten zu suchen, ist Ziel unserer Buchreihe.

Diese Reihe wird herausgegeben von Stephan Russ-Mohl, emeritierter Professor für Journalistik und Medienmanagement an der Università della Svizzera italiana in Lugano/Schweiz und Gründer des *European Journalism Observatory*.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	9
Teil I	
Ein anderes Medienverständnis, eine andere Informationskultur	23
1. Meinungskonzentration im Pariser ›Biotop‹	25
2. Medienpolitik ist Wirtschaftspolitik	38
3. Eine andere Informationskultur	58
Teil II	
Die <i>République</i>	91
4. Die <i>République</i> und ihre Werte	94
5. Frankreich, ›Wiege der Menschenrechte‹?	111
6. Ausnahmerecht und der Feind im Inneren	126
7. ›Gewalt‹ und Widerstand	137

Teil III	
Frankreich, das Land, in dem nicht nur Gott lebt	159
8. Wie sich der Zentralismus konkret auswirkt	160
9. <i>Parlez-vous français?</i> – Sprache und Macht	171
10. Pyramidale Hierarchie in Politik und Arbeitswelt	188
11. Lebenswelten	212
Schluss	246
Literatur	267

»Heutzutage ist das wichtigste zu lernen, wie man andere Völker versteht. Und zwar nicht nur deren Musik, sondern auch ihre Philosophie, ihre Haltung, ihr Verhalten. Nur dann können sich die Nationen untereinander verstehen.«
(HELMUT SCHMIDT: *Weggefährten – Erinnerungen und Reflexionen*. 1996)

Einleitung

Unsere primäre Informationsquelle über ein anderes Land ist Auslandsberichterstattung. Auch Satire kann diese Aufgabe erfüllen. Da sie eine Kunst der Mehrdeutigkeit ist, ist auch sie aussagekräftig. Man denke nur an den deutschen Meister Kurt Tucholsky und seine Art, uns aus dem Leben gegriffene Details zu schildern, die gehaltvoller sind als jede nüchterne Textmeldung über Frankreich. So etwa in der winzigen Erzählung *Der Floh* (1932), die uns in der Gestalt einer lustigen, fast spöttischen Anekdote auf etwas viel Ernsteres hinweist: die in der sehr unruhigen III. Republik gängige Praxis, das Postgeheimnis nicht allzu ernst zu nehmen – im Kontext einer sich verschärfenden Überwachung der Bevölkerung. Gleichzeitig legt diese Anekdote – ohne, dass dies je ausdrücklich formuliert wäre – den Finger auf die ersten Anzeichen eines entstehenden Überwachungsstaates in der Weimarer Republik. Ein Stichwort legt uns wörtlich den Floh ins Ohr: der wie beiläufige Hinweis auf die Concierge – damals Inbegriff von Bspitzelung und Denunziantentum, das Pendant des deutschen Blockwarts.

Der Floh ist, wenn auch als Satire getarnt, Auslandsberichterstattung pur: Sie bezieht sich auf Frankreich und meint stets gleichzeitig das eigene Land. Nur muss der Leser zwischen den Zeilen lesen können. Doch wer in der Bundesrepublik hat noch gelernt, die eigene Sprache mehrschichtig zu nutzen bzw. mehreres gleichzeitig auszudrücken? Zumindest im Westen, denn im Osten war dies lange gängige Praxis, wie etwa die Dialoge des Films *Good Bye, Lenin!* anschaulich vorführen. Genau diese Fertigkeit ist der Hauptschlüssel, um sich Frankreich anzunähern. Kaum ein öffentlich formulierter Satz meint tatsächlich das, was er auszusagen scheint.

Der Auslandskorrespondent hat die Aufgabe, uns über das Geschehen in einem anderen Land zu informieren. Er kann oder muss es, je nach Umständen, zwischen den Zeilen tun. Er kann gleichzeitig auch eine diplomatische Funktion erfüllen, indem er im geeigneten Moment gezielt Positives in den Vordergrund rückt. Oder er formuliert Kritik an Verhältnissen, Positionen oder Politiken in dem Land, über das berichtet wird – insofern diese Kritik die Sichtweisen sowie die Agenda im eigenen Land bestätigt. Ein typisches Beispiel für Letzteres ist der heute in Frankreich extrem negativ besetzte Begriff *Austérité* (eingedeutscht: Austerität), der stets dann bemüht wird, wenn über die deutsche Schuldenbremse oder einzelne Maßnahmen der *Agenda 2010* berichtet wird.

Haushaltsdisziplin, wie sie die Maastricht-Kriterien vorgeben, widersprechen dem französischen Ansatz der Fiskalpolitik. Die französische Sozialpolitik kennt kaum das Prinzip ›Fordern und Fördern‹, Ausdifferenzieren gilt als ungerecht; entsprechend werden auch allein die deutschen Quellen zitiert, die sich diesen Reformen gegenüber extrem kritisch zeigen. Ökonomen wie der ehemalige Wirtschaftsweisen Peter Bofinger oder Marcel Fratzscher an der Spitze des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) finden in Frankreich ein Gehör, wovon sie in ihrer Heimat nur träumen können.

Oder aber einzelne Stimmen aus dem Ausland ermöglichen Stellungnahmen, die gegen den Mainstream verstoßen. Ein französisches Vorbild ist der Denker Montesquieu (1689-1755), der 1721 seinen Briefroman *Les Lettres persanes* (*Persische Briefe*) veröffentlichte, in dem er zwei fiktive Reisende das höfische Leben in Frankreich entdecken ließ. Aus Vorsicht hatte er seinen Roman zunächst unter Pseudonym in Amsterdam veröffentlicht. Dieses Vorgehen hat in Frankreich Tradition. 2014 zum Beispiel veröffentlichte der Historiker und Wirtschaftswissenschaftler Nicolas Baverez einen lesenswerten Roman, der im Jahr 2040 spielt (BAVEREZ 2014). Frankreich droht Insolvenz, und der neue IWF-Leiter, der aus Benin stammt, reist nach Paris, um Hilfe zu organisieren. In seinen Briefen in die Heimat beschreibt er ein politisches und soziales System, das nach mehreren Dekaden politischen Stillstands kurz vor dem Abgrund steht.

Ein Beispiel aus der Presse: Im Juli 1995, kurz nachdem Jacques Chirac die Nachfolge von François Mitterrand angetreten hatte, berichtete allein die konservative und damals weniger europafreundliche Tageszeitung *Le Figaro* ausführlich über Margareth Thatchers Memoiren und den darin enthaltenen Warnungen gegen ein Vereinigtes Europa. Die linkere, proeuropäische eingestellte und Mainstream-konformere *Le Monde* erwähnte sie mit keinem Wort. Auch das Nichtberichten hat Informationswert.

Die Nutzung der Medienberichterstattung bestätigt das, was wir in der Schule oder während des Studiums gelernt oder was wir im Berufsleben oder als Tourist erfahren haben. Nur bleibt dieses Wissen oberflächlich und zementiert oft unsere voreingenommene Meinung. Zumal über ein Ereignis oder ein Thema aus dem Ausland ja nur berichtet wird, wenn es im Inland eine Projektionsfläche bietet. Paris und sein Eiffelturm als Kulisse finden unmittelbar Abnehmer, ebenso Streiks, Gewaltausschreitungen oder divergierende Meinungen der Regierungen zu europapolitischen Fragen sowie – selbstverständlich – anstehende Präsidentschaftswahlen.

Natürlich dürfen Klischees nicht fehlen, sie stellen ja erst den Bezug zum fremden Land her und bewirken, dass sich der Leser oder Zuschauer mit dem ihm fremden Geschehen identifizieren kann. Eine Figur mit Baskenmütze, und jeder versteht sogleich, dass das ein Franzose ist; ein Pickelhelm, und sofort ist klar, dass es sich um einen Deutschen handelt. Auch der Song *Frankreich, Frankreich* der Kölner Rockband Bläck Fööss vermittelt uns ein wohliges Gefühl des Wiedererkennens. Wir verbinden damit Urlaub, *Savoir-vivre*, ein gewisses (auch intellektuelles) Flair und projizieren unsere Wünsche oder Träume auf etwas, was uns eigentlich fremd ist. Das *Baguette* in dem Song hilft uns, dieses Fremde als etwas zu betrachten, was uns geläufig vorkommt. Ein Trugschluss, denn ein deutsches Baguette ist, anders als das französische, ein Brot der Premiumklasse – eben mit einem gewissen Etwas. So täuschen wir uns selbst, meist ungewollt.

Klischees haben vor allem eine wichtige Katharsisfunktion. Sie befreien uns von dem beängstigenden Fremden. Man weiss, dass ein Ereignis, eine Feststellung, eine Situation, mit der eigenen Vorstellung nicht übereinstimmt oder ihr sogar widerspricht, und sucht händeringend nach einer Erklärung bzw. Interpretation. In solchen Fällen greift man reflexartig auf ›Bekanntes‹ zurück – auf das, was man mal in der Schule gelernt, in der Zeitung gelesen oder in der Arbeitswelt erfahren hat. Und man nutzt dieses ›Bekanntes‹ als Interpretationshilfe. Dadurch wird das eigene Selbstwertgefühl wiederhergestellt und die Welt ist wieder in Ordnung. Die Deutschen wollen die Maastricht-Kriterien nicht aufweichen und sind gegen Eurobonds? Ach ja, der deutsche Alleingang in Europa macht sie unsolidarisch, das liegt ja in ihren Genen. Und das teilen sie mit den anderen ›geizigen‹ Ländern.

Außerdem bietet dieser Rückgriff auf Klischees eine Gelegenheit, Selbstzufriedenheit zu beweisen, auch Nationalstolz zu zeigen und auf jeden Fall drohende Konflikte zu vermeiden. Die Franzosen sind von Natur aus undiszipliniert, denken nur an

Streik, halten sich an keine Regeln – das genaue Gegenteil der Deutschen. Haben sie es nicht im Frühjahr 2023 wieder einmal mit ihren Protesten gegen die Rentenreform bewiesen? Und der Pomp, mit dem staatliche Zeremonien in Frankreich einhergehen, beweist er nicht im Gegensatz, wie transparent die deutsche Demokratie ist? Die Vorstellung Frankreichs als ›Wiege der Menschenrechte‹ erlöst auch vom Trauma der doppelten Diktatur im Nazireich und in der DDR. Mit Klischees lassen sich zudem die eigenen Widersprüche vertuschen.

Oder aber die Diplomatie macht es erforderlich, sich in geregelten Bahnen vorgefertigter Meinungen zu bewegen, was in der EU natürlich besonders für das Tandem ›Frankreich-Deutschland‹ gilt. Klischees dienen dann der Konfliktvermeidung.

Will man jedoch das Partnerland wirklich verstehen, muss mit dieser bequemen Gewohnheit gebrochen werden. Ein anderer Blick ist notwendig, ein neugieriger Blick, der sich nicht scheut, Altbekanntes zu hinterfragen – sei es um den Preis, Befremden oder gar Unmut auszulösen.

Auslandsberichterstattung ist nie neutral bzw. objektiv, und sie kann es auch nicht sein, weil der Beobachter einer anderen Wirklichkeit diese zwangsläufig mit ›seiner eigenen Brille‹ liest: seinem eigenen Wissen, seinem Sach- und Sprachverständnis, der Ausrichtung des Mediums, für das er arbeitet, der Interessenlage im Inland u.v.a.m. Dieser grundlegende Bezug zum eigenen Land verstellt uns aber oft den Blick für die fremde Wirklichkeit. Nicht nur dem Journalisten und seiner Zentralredaktion, sondern auch der Leserschaft oder den Zuschauern, sprich: der Öffentlichkeit.

Dies gilt umso mehr, je näher sich Inland und Ausland gekommen sind bzw. zu sein scheinen. Der Élysée-Vertrag von 1963 hat enge Freundschaftsbande zwischen Frankreich und Deutschland geknüpft, und die dadurch möglich gewordenen Fortschritte des europäischen Einigungsprozesses haben die Beziehungen enger werden lassen, sodass wir heute meinen, wir hätten ein inniges

Verhältnis zueinander. Das ist ein Trugschluss, denn je intensiver die Zusammenarbeit wird, desto größer ist oft der Mangel an eben den Detailkenntnissen, die ein wahres Verständnis erst ermöglichen. Der Teufel steckt im Detail.

Ein schulbuchreifes Beispiel für die Komplexität der Auslandsberichterstattung ist ein Beitrag über die Coronaregeln in Frankreich, der am 12. November 2020 in *Die Zeit* erschien und dessen Überschrift auch in Frankreich für Schlagzeilen sorgte: ›Autoritäres Absurdistan‹. Eine Zeitlang übernahmen selbst französische Kritiker den Begriff ›Absurdistan‹, um die oft kafkaesk anmutenden Coronamaßnahmen im zweiten Lockdown zu beschreiben.

Annika Joeres Bericht für *Die Zeit* stellt die Widersprüchlichkeit und Absurdität der Maßnahmen meisterhaft lebendig und nachvollziehbar dar. Ihr Schwerpunkt aber liegt auf dem Ausnahmezustand und dort auf dem Führungsstil des Präsidenten bzw. auf der Intransparenz der im kleinen Kreis und außerhalb der Öffentlichkeit (›Verteidigungsrat‹) getroffenen Entscheidungen: »Macrons Corona-Politik ist beinahe monarchisch.« Der Verweis auf die gängige Bezeichnung ›republikanische Monarchie‹ für die Funktionsweise der politischen Institutionen in Frankreich liegt auf der Hand. Die Verbindung mit Autoritarismus bzw. Willkür entsteht automatisch – das ist der Stein des Anstoßes für einen deutschen Leser und sein eigenes, anderes Demokratieverständnis. Nicht die teils absurden Coronamaßnahmen waren Gegenstand des Beitrags für *Die Zeit*, sondern die zentralistische und intransparente Entscheidungsfindung in Frankreich.

Klischees sind notwendig – sie dienen als Appetitmacher für den Leser. Auch Pointierung ist unumgänglich, schließlich müssen schlüssige Begriffe gefunden werden, um die fremde Wirklichkeit den eigenen Landsleuten verständlich zu machen – je nach Bildungsstand, Interessenlage oder Verbreitung mehr oder minder explizit. So lässt Annika Joeres zum Beispiel passend zum monarchischen Stil Macrons die französische Politikwissenschaft-

lerin Chloé Morin, eine ehemalige Beraterin der Regierung unter François Hollande, zu Wort kommen. Morin hatte kurz zuvor in Paris eine treffende Analyse über Eliten und Technokratie veröffentlicht (MORIN 2020).

Nun ist Kritik an den Eliten in Frankreich weit verbreitet, der objektive Reformbedarf ist auf diesem Gebiet enorm. Allerdings spielt der Kontext, in dem diese Kritik formuliert wird, ebenfalls eine maßgebliche Rolle. Seit der Wahl Macrons 2017 hat Frankreich »außer dem rechtsextremen Rassemblement National kaum eine hörbare Opposition«, wie Joeres treffend schreibt. Und hier bietet gerade das Coronamanagement unter Macron der linken, extrem zerstrittenen Opposition den willkommenen Anlass, sich als die Verfechterin schlechthin der demokratischen Transparenz und der Werte der Republik zu profilieren – wobei sie gern außer Acht lässt, dass auch sie Teil des elitären, »aristokratischen« Institutionengefüges ist. Das trifft sich gut mit deutschen Forderungen nach mehr direkter Bürgerbeteiligung, die auch in der Leserschaft der *Zeit* stark verbreitet sind.

Einem Auslandskorrespondenten stehen meist nur wenige Zeichen oder Sekunden zur Verfügung. Da ist es kaum möglich, ins Detail zu gehen. Denn um das Fremde detailliert darzustellen, braucht man sehr viel mehr Platz – eben ein Buchformat.

»Fremde Freunde«

Frankreich und Deutschland sind auch heute noch »fremde Freunde« (PICHT et al. 1997). Denn auch die wissenschaftliche Literatur, etwa in der Romanistik, kann nur einen kleinen Beitrag leisten. Theoriegetreu wie sie ist und sein muss, bleibt sie oft selbst in vorgefertigten Vorstellungen bzw. Theorien gefangen – wenn nicht gar dem diplomatischen Diskurs –, und dies trotz redlicher Versuche, diesen Rahmen zu sprengen. Pluralistisch ist sie außerdem selten, und sie kann es auch nicht sein,

denn Stereotype bzw. Ideologien prägen auch die Wissenschaft, insbesondere die Sozialwissenschaften. Deren Frankreichbild wird in Deutschland in Ost und West mit anderen Vorzeichen zumeist idealisiert. Es reicht indes selten aus, um Frankreich wirklich zu verstehen.

Frankreich ist ein ›erklärungsbedürftiges Produkt‹, wie Marketingfachleute formulieren würden. Überall lauern Stolpersteine und Klischees sowie Idealisierung – vom Leben wie Gott in Frankreich bis hin zur Nostalgie der Revolution von 1789. Und, deutsch-französische Freundschaft in Ehren, es gibt etliche sogenannte ›falsche Freunde‹, d. h. Wörter und Begriffe, die sich auf den ersten Blick entsprechen, in der anderen Sprache aber etwas ganz anderes meinen als es scheint, weil sie in einen anderen historischen, gesellschaftlichen oder institutionellen Kontext eingebettet sind. *Etat* bedeutet etwas anderes als ›Staat‹, eine politische ›Partei‹ hat in Frankreich eine andere Funktion als in Deutschland, ›Zivilgesellschaft‹ bezeichnet etwas ganz anderes usw.

Es ist im Interesse Europas, wenn die Menschen beider Länder die Gesellschaft des jeweils anderen Landes, also seine Kultur, Wirtschaft und sein politisches System, besser verstehen. Denn gerade auch in der Europapolitik – bzw. in dem, was davon an die Öffentlichkeit dringt – werden Klischees gezielt bemüht und je nach Interessenlage selbst Freunde oft als Feinde dargestellt. So wird zum Beispiel der deutsche Begriff ›Ordnungspolitik‹ in Frankreich so gelesen, als solle am deutschen Wesen die Welt genesen. Oder in Deutschland wird seit der Entscheidung, in der EU eine gemeinsame Währung einzuführen, in regelmäßigen Abständen über die als ausgabenfreudig und undiszipliniert empfundenen ›Club Med-Staaten‹ geschimpft, zu denen auch Frankreich gehört.

Versuchen wir, uns Frankreich ohne Umschweife anzunähern. Die Darstellung auch der Missstände und des Reformbedarfs gehört dazu, wie sonst soll man die fremde Wirklichkeit in aller Tiefe verstehen können? Oft werden die entscheidenden Aspekte

erst dann klar, wenn sie einem anderen Kulturkreis dargestellt werden.

Sollen bestimmte Begriffe in eine andere Sprache übertragen werden, gibt es nur zwei Möglichkeiten. Man kann einmal die gängigen Entsprechungen bemühen, so wie dies meistens geschieht. Doch dann bleibt die Darstellung an der Oberfläche und es besteht die Gefahr, dass Klischees bzw. Missverständnisse verfestigt werden. So etwa bei dem Paar *compétence*/Kompetenz bezogen auf eine Gebietskörperschaft: Die *compétences* einer französischen *Commune* oder *Région* reduzieren sich auf das Ausführen bestimmter Aufgaben, die ihnen vom Zentralstaat übertragen wurden; sie bedeuten weder Selbstverwaltung noch eigenverantwortliches Handeln, wie sie eine deutsche Kommune oder ein Bundesland kennzeichnen.

Oder aber man hinterfragt diese Begriffe, was meistens dazu führt, dass man sie erklären, in ihren Kontext stellen und ggfs. einen Ausdruck wählen muss, der das Betrachtungsobjekt anders benennt als üblich und so einen Verfremdungseffekt herstellt. Will ich in Frankreich zum Beispiel verständlich machen, was ein deutsches Bundesland ist, muss ich den Begriff *Etat* (also Staat im Sinne von Hoheitsgebiet) wählen, um die Verwechslung mit einer ausgelagerten Verwaltungseinheit wie der *Région* auszuschließen. Will ich die Funktionsweise der Bundesrepublik einprägsam darstellen, muss ich sie als ›Vereinigte Staaten Deutschlands‹ bezeichnen, bevor ich den kooperativen Föderalismus erklären kann. Und Olaf Scholz wird dann zum ›Obermoderator‹ eines Landes, das 17 Regierungen und Parlamente zählt – nicht zu verwechseln mit einem Emmanuel Macron, der sich im Vergleich und qua Amt als Alleinherrscher inszeniert.

Will ich in Deutschland den französischen öffentlichen Rundfunk darstellen, darf ich nicht auf den deutschen Begriff ›öffentlich-rechtlich‹ zurückgreifen, denn dieser bedeutet, dass der Träger der entsprechenden Anstalten die Allgemeinheit ist und

sie mit dem Recht auf Selbstverwaltung ausgestattet ist; in Frankreich aber gehören sie dem Staat und unterliegen seiner Obhut. Also muss ich RADIO FRANCE oder FRANCE TÉLÉVISIONS als öffentliche Gesellschaften bezeichnen, um gleichzeitig zu vermeiden, dass sie als ›Staatsfunk‹ verstanden werden, was sie entgegen dem Anschein nämlich nicht sind. Ihr Kapital gehört zwar dem Staat, aber sie haben einen Auftrag im Allgemeininteresse auszuführen; eine andere Struktur ist in Frankreich undenkbar. Die beiden Staatsgesellschaften sind Bestandteil dessen, was man *Service public* nennt.

Dieser Begriff ist besonders vielschichtig: Auf den Rundfunk bezogen meint er also ›public service‹ (Modell BBC). Sind öffentliche Dienstleistungen gemeint, muss man ihn meistens mit ›Daseinsvorsorge‹ übersetzen, oder mit ›Dienstleistungen im öffentlichen (ggfs. wirtschaftlichen) Interesse‹, ansonsten einfach mit ›öffentlicher Dienst‹. Dahinter verbirgt sich eine radikal verschiedene Auffassung von Staat und Gesellschaft.

Nur wenn man sich die Mühe gibt, Begriffe zu hinterfragen und sie ggfs. anders als gewohnt in die Zielsprache zu übertragen, wird es möglich, in die Tiefe der anderen Wirklichkeit einzudringen und auf ein intimeres Verständnis hinzuarbeiten. Dieses Vorgehen wird jedoch zuweilen nicht verstanden, weil der naive Glaube an eine Äquivalenz der Begriffe und das Vertrauen in automatische Übersetzungsprogramme weit verbreitet sind. Es wird noch häufiger missverstanden, weil es auf vorgefertigte Meinungen trifft, etablierte Vorstellungen sprengt und daher sehr schnell als verfälschte Darstellung, wenn nicht gar als Bashing interpretiert wird. Klischees sind eben hartnäckig.

In dieser Hinsicht ist die französische Öffentlichkeit weit empfindlicher als die deutsche. Zum einen, weil eine Darstellung, die den Kontext in seiner Komplexität mit einbezieht (also im Sinne einer Systemanalyse multidisziplinär vorgeht, wie es Wissenschaftler formulieren), die eigene Weltsicht und seine universa-

listische Prägung infrage stellt. Zum anderen, weil ›es sich nicht gehört‹, interne Debatten über Missstände nach außen zu tragen oder, entscheidender noch, solche Begriffe zu hinterfragen, die in der politischen Kommunikation Hochkonjunktur haben, eine einheitliche Bedeutung zu haben scheinen, aber Konstrukte sind, die je nach ideologischem Lager gezielt genutzt werden, um bestimmte Forderungen durchzusetzen.

Ein typisches Beispiel ist der Begriff *Égalité*. Diese Instrumentalisierung hat er mit dem deutschen Begriff ›Gleichheit‹ (wie seinem Gegenstück ›Ungleichheit‹) gemeinsam – mit einem wesentlichen Unterschied: In Deutschland darf man ihn öffentlich hinterfragen, auch wenn dies nicht immer beliebt ist; wer dies aber in Frankreich tut, verletzt ein Tabu.

L'esprit versus la lettre

Ein Hinweis noch an den Leser, der sich ja mit seiner ›hauseigenen‹ Sozialisation und Weltvorstellung an die fremde Wirklichkeit heranpirscht. Für einen deutschen Leser ist vieles in Frankreich besonders schwer nachzuvollziehen, weil es (fast) immer der deutschen Erwartung von Eindeutigkeit widerspricht. Theorie und Praxis, Anspruch und Wirklichkeit, das Prinzip (*l'esprit*) und seine Umsetzung in der Wirklichkeit (*la lettre*) klaffen fast immer auseinander. Ein Gesetz dem Wortlaut oder Buchstaben entsprechend (*à la lettre*) anzuwenden bedeutet oft, dass dieses Vorgehen dem Geist oder Sinn (*l'esprit*) dieses Gesetzes widerspricht oder sie infrage stellt.

Die Philosophie dahinter: Da die Praxis bzw. das konkrete Leben durch eine Unmenge an vielfältigen Einzelsituationen gekennzeichnet ist, muss ein Gesetz so abstrakt und allgemein formuliert sein, dass der allgemeine Gedanke des Gesetzes und somit die Absicht des Gesetzgebers deutlich werden. Diese Absicht oder tiefere – universelle – Bedeutung muss ein Richter, ein Minister oder

die Verwaltung vor Augen haben, um den Wortlaut des Gesetzes oder der Bestimmung dann der jeweiligen konkreten Einzelsituation entsprechend auszulegen bzw. auszugestalten. Zwar verhält es sich in der deutschen Rechtsmethodologie ähnlich, doch geht das französische Verständnis dieser Dialektik sehr viel weiter. Aus französischer Sicht ist alles eine Frage der Auslegung. Die Universalität hat Vorrang vor dem partikulären Fall, was zur Nichtanwendung oder einer abweichenden Umsetzung des Gesetzes, Abkommens, Vertrags oder einer Absprache führen kann.

Dieses Auseinanderklaffen von Theorie und Praxis geht weit über das rein Juristische hinaus. Im Geschäftsleben zum Beispiel sorgt es fast systematisch für Ärger, und nicht selten führt es ein deutsch-französisches Projekt zum Scheitern. Stein des Anstoßes ist dann oft das Sitzungsprotokoll. Für die deutschen Teilnehmer muss es die Sitzung und ihre Ergebnisse objektiv und vor allem sachlich zusammenfassen. Dieses Wort ›sachlich‹ lässt sich nur sehr schwer ins Französische übersetzen. In dem genannten Verhandlungskontext sollte man die deutsche Vorgehensweise als *à la lettre* bezeichnen. Das französische Sitzungsprotokoll, das deutsche Verhandlungspartner meist als etwas zu abstrakt und nicht tatsachengetreu genug empfinden, entspricht dem *Esprit*.

Auch in der Politik kann man diesen Gegensatz zwischen *Esprit* und *Lettre* beobachten, der dann für Enttäuschung und diplomatischen Unmut sorgt. Ein schulbuchreifes Beispiel ist Macrons große Europarede, gehalten am 26. September 2017 in der Pariser Sorbonne, in der er seine *Vision* (frz.) des Europa der Zukunft darstellte. Auf deutsche Gegenvorschläge wartet Frankreich seitdem vergeblich – zumindest wird es so empfunden und öffentlich kritisiert. Das Motto: Deutschland fröne mal wieder dem Alleingang und interessiere sich nicht für Europa. In Deutschland wurde über den Begriff ›Vision‹ (dt.) gestichelt, als habe Macron Halluzinationen. Abgesehen davon, dass der Zeitpunkt für den Anstoß einer Debatte über die Zukunft Europas denkbar ungünstig

war – nur wenige Tage nach der Bundestagswahl gab es ja noch keine Regierungskoalition –, ist die deutsche Antwort auf Macrons Vorstellung (*Esprit*) in Frankreich nie verstanden worden, weil sie nicht gesehen werden konnte. Sie kam nämlich *à la lettre*, in Gestalt einer Auflistung von konkreten Zielen und der Wege, sie zu erreichen. Kapitel 1 des am 7. Februar 2018 unterzeichneten Koalitionsvertrags trug die Überschrift: »Ein neuer Aufbruch für Europa«. Enttäuschende kleine pragmatische Schritte als Antwort auf einen großen Entwurf.

Diese Mehrdeutigkeit ist der Schlüssel für das tiefere Frankreichverständnis. Besonders wenn sie Verfassungsprinzipien betrifft, die in ihrer Anwendung meist ein eigenständiges Leben führen, stellt sie für deutsche Frankreichliebhaber eine extreme Herausforderung dar. Sie widerspricht nicht nur ihrem eigenen Empfinden und Verfassungspatriotismus, sie stellt auch ihr Frankreichideal infrage – Projektionsfläche für ihre eigenen Sehnsüchte.

Es beginnt mit dem Prinzip *Liberté*. Um es zugegebenermaßen krass zu formulieren: Diesem Prinzip, Erbe der Französischen Revolution, ergeht es nicht anders als dem Prinzip ›Freiheit‹ damals in der DDR. Es ist eine universelle Idealvorstellung, kein ›unmittelbar geltendes Recht‹ wie es die Grundfreiheiten des Grundgesetzes sind. Damit kein Missverständnis entsteht: Frankreich ist kein ›Unrechtsstaat‹, wie die DDR es war. Aber die Freiheitsrechte bewegen sich in einem engeren Rahmen als in einer Bundesrepublik, die die Lehren aus zwei Diktaturen gezogen hat.

Ein anschauliches Beispiel für das engere Verständnis der Umsetzung des Prinzips *Liberté* ist die Meinungsfreiheit, die in Deutschland nach Art. 5 GG auch ein Recht auf Information beinhaltet. In Frankreich beschränkt sie sich auf das Individualrecht auf freie Meinungsäußerung. Diese gilt ebenfalls für die Medien, was jedoch nicht bedeutet, dass ihre Freiheit als ›Institut‹ (Bundesverfassungsgericht) gewährleistet wäre. Ein Klassiker für französische Doktoranten, die sich mit dem deutschen Medien-

system befassen, ist die (aussichtslose) Suche nach verfassungsrechtlichen Schranken der deutschen Pressefreiheit. Diesen Irrweg müssen sie gehen, denn in Frankreich ist Presse- und Medienrecht einfaches Recht und zum großen Teil sogar Strafrecht. Die Grundlage bildet das Gesetz vom 29. Juli 1881, das trotz zahlreicher Änderungen immer noch eine gewisse Ähnlichkeit mit den Bismarck'schen Pressegesetzen aufweist.

Nehmen wir zum Schluss noch den Begriff *Citoyen*, der in Deutschland Hochachtung genießt (aus historischen Gründen im Osten anders konnotiert als im Westen): Während sich der Bürger als ein Mensch mit einem Recht auf Selbstbestimmung definieren lässt, ist der *Citoyen* kein eigenständiges Individuum, sondern ein abstraktes Atom in einer undifferenzierten und ebenso abstrakten Menge Namens ›Volk‹. Der französische *Citoyen* hat nur wenig mit dem deutschen ›mündigen Bürger‹ gemeinsam.

Wie gesagt: Frankreich ist ein sehr komplexes und erklärungsbedürftiges Gebilde. Eines, das man lernen muss, ›zwischen den Zeilen‹ zu lesen.